

Bundesfernstraßen dürfen nicht privatisiert werden!



Gewerkschaft für
öffentliche Dienstleistungen,
Technik und
Naturwissenschaften
Baden-Württemberg e.V.

Geschäftsstelle
Am Hohengeren 12
70188 Stuttgart
Telefon 0711/2 20 14 03
Telefax 0711/2 20 14 04



13.11.2016

Im Rahmen des Bund-Länder-Finanzausgleichs soll die Zuständigkeit für die Bundesfernstraßen an den Bund abgegeben werden.

Obwohl die Länder noch im Februar eine strukturelle Veränderung bei der Organisation der Bundesfernstraßen abgelehnt haben, soll nun doch eine Bundesfernstraßengesellschaft gegründet und die Abschaffung der Auftragsverwaltung vorbereitet werden. Dem haben die Ministerpräsidenten im Rahmen der Verhandlungen des Bund-Länder-Finanzausgleichs zugestimmt.

Hierzu muss nun eine Änderung des Artikels 90 des Grundgesetzes vorgenommen werden, der die Auftragsverwaltung für diesen Bereich regelt.

Aus Sicht der Gewerkschaft BTBkomba sowie der Bundesorganisationen BTB und *komba gewerkschaft* ist die Verlagerung der Zuständigkeit von den Ländern zum Bund fachlich falsch und kann nur über die vom Bundesfinanzminister zugesagten Steuerzuweisungen in anderen Bereichen erklärt werden.

Diese Verquickung dient jedoch nicht dem Erhalt und Ausbau der Infrastruktur, sondern ist ein gezielter Schritt in Richtung Privatisierung und Einführung der Maut durch die Hintertür.

Mit einer weiteren Forcierung von PPP-Projekten werden die Kosten steigen. Dies haben Rechnungshöfe bereits mehrfach nachgewiesen und bestätigt.

Thomas Maier, stellvertretender Landesvorsitzender der Gewerkschaft BTBkomba äußerte sich zu diesen Veränderungen bereits am 18. Oktober in der *Stuttgarter Zeitung* sehr skeptisch und reserviert. Er bezweifelt die Effektivität und macht sich Sorgen über bevorstehende Belastungen des Personals. Bislang ging man davon aus, dass die Bundesfernstraßengesellschaft nicht kommen werde. Rund 1500 Mitarbeiter arbeiten in den vier Regierungspräsidien von Baden-Württemberg als Straßenbauer oder Planer. Alle sind Landesbedienstete. In den Autobahnmeistereien sind 410 Mitarbeiter beschäftigt. „Das Personal wird wechseln müssen. Die Leute machen sich wirklich große Sorgen und sind verunsichert“, so Maier. BTBkomba schätzt, dass bis zu 70 Prozent der Belegschaft künftig für den Bund tätig sein werden. Wie das alles geregelt wird, bleibt weiteren Detailverhandlungen vorbehalten.

Thomas Maier erinnert in diesem Zusammenhang an die negativen Folgen der Zerschlagung einer funktionierenden Straßenbauverwaltung mit der Verwaltungsreform im Jahre 2005. Jetzt muss rechtzeitig gegen eine erneute unsinnige Zerschlagung einer funktionierenden Landesbehörde interveniert werden.

Wir fordern daher die am Gesetzgebungsverfahren Beteiligten auf:

Im Grundgesetz die Unveräußerlichkeit der Bundesfernstraßen zu verankern und daß keine Privatisierung erfolgen darf.